



Die Regierung beantwortete mit dem gestrigen Sondertraktandum zum Coronavirus viele Fragen, die den Abgeordneten unter den Nägeln brannten.

Bild: Daniel Schwendener

Regierung bereitet sich auf zweite Welle vor

Liechtenstein hat die Corona-Krise bisher wirtschaftlich und gesellschaftlich vergleichsweise gut überstanden. Es ist aber noch nicht vorbei.

Julia Kaufmann

Mit dem Sondertraktandum «Information der Regierung zur Corona-Krise» ist der Landtag in die Mai-Session gestartet. Die knapp vierstündige Beratung hat gezeigt, dass vonseiten der Abgeordneten noch viele Fragen offen waren. Die wichtigsten Fragen und Antworten:

Befindet sich Liechtenstein bereits auf der Zielgeraden dieses «Marathons»?

Liechtenstein hat die erste Welle überstanden und gehört laut Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zu den ersten Ländern, denen es gelungen ist, die Kurve der Neuanstörungen «wirklich flach zu machen». Jedoch, betont Pedrazzini auch, beginne jetzt die mühsame Phase. Gewisse Einschränkungen, die etwa das Reisen oder Veranstaltungen betreffen, werden noch über längere Zeit anhalten, da die Gefahr einer zweiten Welle nach wie vor vorhanden ist. Mit der Lockerung der Massnahmen gehe das Land ein Risiko ein. «Wir möchten vermeiden, wieder einen Schritt zurück machen zu müssen», sagt Pedrazzini.

Ist eine zweite Welle vorhersehbar?

Die Regierung verfolgt drei Vorwarnsysteme. Eines ist die Abwasseruntersuchung. In Innsbruck wurden entsprechende Tests bereits durchgeführt. Das Ergebnis zeigt, dass eine sehr geringe Belastung des Virus im Abwasser vorhanden ist. In Zürich wird laut Pedrazzini heute getestet. Das zweite System bezieht sich auf die wöchentlichen Tests bei 500 Mitarbeitenden der Alterspflege. «Da darunter auch einige Grenzgänger sind, können wir in einem sehr sensiblen Bereich agieren», so der Gesellschaftsminister. Als drittes Vorwarnsystem stützt sich die Regierung auf die rund 2200 mit Sensoren ausgestatteten Armbänder, die an die Bevölkerung verteilt wurden. Diese messen Hauttemperatur, Puls, Atmung

und den Blutfluss, womit sich eine Krankheitsreaktion erkennen lässt. «Wir machen uns auch Gedanken, wie im Umfeld der Schulen getestet werden könnte», sagt Pedrazzini. Konkrete Angaben kann er derzeit aber noch nicht machen.

Was geschieht, wenn die zweite Welle da ist?

Bei der zweiten Welle würden dieselben Massnahmen zum Tragen kommen, wie es schon bei der ersten der Fall war. Das heisst, dass die Sozialkontakte wieder auf ein Minimum zu reduzieren wären. Es kommt laut dem Gesellschaftsminister aber auch darauf an, wie diese auf treten würde – also ob sie durch eine Veranstaltung entsteht oder plötzlich an verschiedenen Orten in der Gesellschaft scheinbar unzusammenhängende einzelne Infektionsketten auftreten.

Wie viele Tests wurden bislang durchgeführt?

Bisher wurden rund 1700 in Liechtenstein wohnhafte Personen getestet. «Damit stehen wir im Ländervergleich sehr gut da.» Hinzu kommen rund 500 Personen aus dem Pflegebereich, die wöchentlich getestet werden. Laut Pedrazzini gibt es derzeit noch ein bis zwei aktive Fälle. Es habe eine Handvoll Krankheitsverläufe mit Lungenentzündungen gegeben und nur sehr wenige schwere Verläufe. Auch musste keiner der an Covid-19 erkrankten Personen im Landeshospital beatmet werden und eine Verlegung auf eine Intensivstation in der Schweiz war ebenfalls nicht notwendig.

Wie sehen ab 11. Mai Besuche in Altersheimen aus?

«Die Schleusen werden nicht wieder geöffnet», erklärt der Gesellschaftsminister. Das bedeutet, dass die Anzahl der Besucher zunächst beschränkt ist und begleitend ein Schutzkonzept eingeführt wird. «Mir ist durchaus bewusst, dass viele Menschen unter dem Besuchs-

verbot leiden.» Allerdings müssten stets die Konsequenzen eines grösseren Ausbruchs des Coronavirus beachtet werden. «Momentan sind wir in einer guten Lage und in den Altersheimen hat es nie an Schutzausrüstung gemangelt.»

Inwieweit darf Liechtenstein mit seinen Massnahmen von denen der Schweiz abweichen?

«Wir erlauben uns eigene Gedanken und Beschlüsse in der Regierung.» Eine Abweichung von der Schweiz hat laut Pedrazzini allerdings zwei Ebenen: Eine juristische, mit vielen Freiheiten, und eine praktische. Bei letzterer gibt der Gesellschaftsminister zu bedenken, dass Liechtenstein über kein Bett auf einer Intensivstation verfüge. «Wenn wir völlig von der Schweiz abweichen und uns eine grosse Infektionswelle überrollen würde, wäre es schwierig zu argumentieren, weshalb wir in der Schweiz Betten beanspruchen dürften.»

Wirtschaftspaket: Wie viele Anträge sind bislang eingegangen?

«Die getroffenen Massnahmen werden aufgenommen und zeigen Wirkung», sagt Wirtschaftsminister Daniel Risch. So sind bisher 269 Kreditanträge in der Höhe von 23,4 Millionen Franken eingegangen. Davon wurden 214 Anträge in der Höhe von 18,8 Millionen Franken bewilligt. Zudem haben beim Amt für Volkswirtschaft 936 Unternehmen Kurzarbeit angemeldet, was etwa 11 000 Arbeitnehmern entspricht. Diese müssen sich aber noch nicht in Kurzarbeit befinden. Bezüglich eines Betriebskostenzuschusses wurden bislang 106 Anträge eingereicht – weitere kämen laufend hinzu. Einzel- und Kleinunternehmen haben 1000 Anträge eingereicht. Davon wurden 600 bewilligt, 350 weitergereicht und einige mussten abgelehnt werden. Dies war etwa der Fall, wenn das Unternehmen keinen Sitz in

Liechtenstein hat oder die Grenze des Jahreseinkommens von 10 000 Franken unterschritten wurde. Erfreulich seien überdies die offenen Stellen: 713 sind gemeldet. Die Zahl der Arbeitslosen ist wiederum von 1,7 auf 2 Prozent angestiegen.

Könnte es in der Arbeitslosenversicherungskasse zu Engpässen kommen?

Das Budget der Arbeitslosenversicherungskasse betrug 80 Millionen Franken und wurde im März um weitere 50 Millionen Franken aufgestockt. «Im Moment ist es überhaupt nicht so, dass man hier ein Problem hätte. Die Auszahlungen laufen», so Risch. Für den Juni-Landtag will die Regierung ausserdem Zahlenmaterial bereitstellen. Dabei werde es um Mittel und nicht um Massnahmen gehen. Über die Höhe des Nachtragkredits kann der Wirtschaftsminister noch keine konkreten Angaben machen. Nur so viel: Er werde vermutlich bei über 7,7 Millionen Franken liegen.

Gilt die Kurzarbeitsentschädigung auch für öffentliche Firmen?

«Grundsätzlich ist die Kurzarbeit dazu da, Arbeitsplätze zu erhalten», sagt Risch. Bei öffentlichen Unternehmen könne man argumentieren, dass diese sowieso Beiträge erhalten. «Aber auch für sie soll dieses Instrument möglich sein.» Einzelne öffentliche Unternehmen hätten bereits einen entsprechenden Antrag eingereicht.

Wie lange wird das Massnahmenpaket noch aufrechterhalten?

Der Wirtschaftsminister umschreibt das Massnahmenpaket als Medizinschrank, dessen Schubladen nun herausgezogen wurden, um verschiedene Instrumente anwenden zu können. «Einige kosten mehr, andere weniger. Ziel ist es, nach der Krise alle Schubladen wieder geschlossen und die Instrumente

verpackt zu haben.» Solange diese aber gebraucht werden, würden sie auch etwas kosten. Dennoch ist es laut Risch sinnvoll, gewisse Grenzen anzugeben. Mit dem Amt für Volkswirtschaft habe die Regierung in den vergangenen Wochen die Kommunikation verbessert. Informationen über die einzelnen Hilfspakete, die Antragsformulare sowie die Anspruchsberechtigung finden sich auf der Webseite des Amtes für Volkswirtschaft unter corona.avv.li.

Sind die Anträge an einen Stichtag gebunden?

Die Kurzarbeitsentschädigung wurde am 17. März erlassen und ist an einen Stichtag gebunden. Anders sieht es beim Betriebskostenzuschuss aus. Der Antrag kann rückwirkend bis spätestens 30. Juni 2020 gestellt werden.

Werden Gastro-Betriebe auch nach ihrer Öffnung unterstützt?

Für alle Betriebe, die wieder öffnen dürfen gilt, dass sie als mittelbar betroffene Unternehmen weiterhin unterstützt werden. «Wir stehen in engem Kontakt mit dem Liechtensteiner Hotel- und Gastronomieverband (LHGV), von dem wir eine positive Rückmeldung erhalten haben.» So glaube der LHGV, dass 95 Prozent der Betriebe durch die Krise kommen werden. Auf die Frage, ob es analog zu manchen Städten, die den Gastronomiebetrieben öffentlichen Raum zur Bewirtschaftung von Gästen zur Verfügung stellen, dies auch hierzulande möglich wäre, antwortet der Wirtschaftsminister, dass ihm dieses Modell bekannt sei. «Die Gemeinden und das Land sind im Rahmen des Sinnvollen gesprächsbereit und würden Hand bieten.»

Wie oft musste die Landespolizei wegen Covid-19 ausrücken?

Wie die Innenministerin Dominique Hasler erklärt, hätte die Landespolizei über 160-mal

wegen des Coronavirus ausrücken müssen. 41 Ordnungsbussen wurden verteilt, 35-mal musste ein Versammlungsverbot ausgesprochen werden und ein Einsatz betraf den Einkaufstourismus. Ausserdem wurde die Landespolizei wegen fünf illegaler Grenzübertreite gerufen. Im Gegenzug habe es keine Einsätze wegen häuslicher Gewalt gegeben und laut Hasler sind auch andere Delikte stark rückläufig. «Aus polizeilicher Sicht ist die Lage sehr ruhig», sagt sie.

Wie lange werden die Grenzkontrollen noch durchgeführt?

Diese Frage kann nicht exakt beantwortet werden. «Private und touristische Reisen ins Ausland sind bis auf Weiteres nicht möglich. Die Situation in Liechtenstein wird dadurch erschwert, dass sowohl Österreich wie auch die Schweiz eigene Regeln erlassen haben», erklärt Hasler. Zudem sind im Falle Liechtensteins weiterhin die Schweizer Behörden mit der Abwicklung der Grenzfragen betraut. Man sei aber in ständigem Austausch mit diesen.

Sind Engpässe in der Versorgung möglich?

Das Amt für Bevölkerungsschutz bereitet sich gemeinsam mit den Führungsorganen der Gemeinden sowie den Rettungs- und Hilfsorganisationen auf eine zweite Welle vor. Auch habe die Schweizer Armee das Hilfsersuchen nicht zurückgezogen, sondern lediglich sistiert. Die Versorgungslage ist weiterhin sichergestellt. «Die einzige Ausnahme bietet der medizinische Bereich. Hier könnte es bezüglich der Schutzmasken wie auch gewisser Arzneimittel zu einem Engpass kommen», erklärt die Innenministerin.

Hinweis

Die gestrige Landtagsdebatte kann auch im Liveticker unter www.vaterland.li/417950 nachgelesen werden.